

## europa SPÖ fordert Frauenquote

Am 9. Mai, dem Europatag, der an die Grundsteinlegung für die Europäische Union erinnert, machten sich bei einer Wahlkampfveranstaltung die SPÖ-Frauen für eine europaweite Frauenquote stark. Evelyn Regner und Michaela Kauer, beide SPÖ-Kandidatinnen zur EU-Wahl sprachen am Wiener Yppenplatz über „ein Europa für 259 Millionen Frauen“, in dem „die Gleichstellung der Frauen Priorität haben“ müsse. „Die Frauenquote wurde im europäischen Parlament bereits mit großer Mehrheit durchgesetzt“, unterstrich Regner, die den Antrag für die Frauenquote im Europaparlament geschrieben hat. Nun müsse der europäische Rat zustimmen. Für diese Forderung machte sich auch SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei einer Pressekonferenz stark. Andrea Brunner, SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin, lobte zudem Parlamentspräsident und Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokrat\_innen Martin Schulz. Dieser hatte sich in einem TV-Duell dafür ausgesprochen, dass die Europäische Kommission zur Hälfte aus Frauen bestehen müsse. **the**

## hurentag Rechte für Sexarbeiter\_innen

Am 2. Juni, dem Internationalen Hurentag, wird weltweit an die oftmals ausbeuterischen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter\_innen und die Diskriminierungen, von denen sie betroffen sind, erinnert. Sexarbeiter\_innen und solidarische Unterstützer\_innen gehen an diesem Tag für ihre Rechte auf die Straße. Das Wiener Stuwerkomitee, das sich für Sexarbeiter\_innen im zweiten Bezirk stark macht, forderte unlängst, Sexarbeit im Stuwerviertel und der Pratergegend zum UNESCO-Weltkulturerbe zu erklären. Das Komitee kritisiert im Rahmen seiner Kampagne „Rotlicht statt Blaulicht“ das Verbot der Straßenprostitution in der Innenstadt. Auch die Sozialwissenschaftlerin Helga Amesberger stellte der Wiener Politik zuletzt ein schlechtes Zeugnis aus. Sie hat für eine neue Studie Motive und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiterinnen in Österreich erforscht und kritisiert die Verdrängung von Sexarbeiter\_innen an den Stadtrand. Dort sei keine Infrastruktur vorhanden und die Gefahr gewalttätiger Übergriffe potenziell höher. **the**

## familienpolitik Elterngeld Plus

Der Deutsche Frauenrat zeigte sich erfreut über den Entwurf für das neue Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz des deutschen Familienministeriums: So soll etwa der Bezug des Elterngeldes für in Teilzeit arbeitende Eltern von maximal 14 auf 28 Monate verlängert werden. „Es befördert den Willen zu einer partnerschaftlichen Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Eltern innerhalb der ersten Lebensjahre eines Kindes. Ebenso ermöglicht es Frauen, nach der Geburt eines Kindes bald wieder in den Beruf oder in die Berufsausbildung zurückzukehren“, so der Frauenrat in einer Stellungnahme. Auch alleinerziehende Mütter und Väter sollen hinsichtlich des Bezugs von Elterngeld gleichgestellt werden. Zugleich kritisierte der Frauenrat, dass vielerorts die Infrastruktur für die Kinderbetreuung unter Dreijähriger nicht ausreiche, um die Wirkung des Elterngeld Plus voll zu ermöglichen. So werde der berufliche Wiedereinstieg von Müttern behindert. **the**

# Antirassistisches Empowerment

Als eine der ersten selbstorganisierten Beratungsstellen in Wien unterstützt **Peregrina** Migrantinnen dabei, die Hindernisse zu bewältigen, vor die sie Staat und Gesellschaft stellen. Mit Bildungs- und Therapieangeboten, insbesondere Deutschkursen, will der Verein Frauen\* in marginalisierten Positionen bestärken und auf mangelnde Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe aufmerksam machen. **Lisa Sendzik** sprach mit der Organisation, die jüngst ihren dreißigsten Geburtstag feierte.

**Erst einmal herzlichen Glückwunsch zum dreißigjährigen Bestehen. Wie hat sich die Situation von Migrantinnen im Vergleich zu euren Anfangsjahren verändert?**

Vor dreißig Jahren wurden unsere Angebote vor allem von Frauen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien in Anspruch genommen, die als Arbeiterinnen oder im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich migriert waren. Heute betreuen wir Frauen aus über siebenzig Herkunftsländern, die eine große Diversität aufweisen. So unterschiedlich die Migrantinnen aber hinsichtlich ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit, Alter, Bildungsgrad, sexueller Orientierung sowie Aufenthaltsstatus und -dauer sind, werden sie heute mehr denn je als „Opfer ihrer mitgebrachten Kulturen“ wahrgenommen, während das Interesse an u.a. fehlenden Bildungs- und Aufstiegschancen, dem Zugang zum Arbeitsmarkt, Rechtsunsicherheit und Armut zu wünschen übrig lässt.

**Wo seht ihr weiterhin Hürden, die explizit Frauen\* betreffen?**

Die Anforderungen hinsichtlich der Höhe des nachzuweisenden

Einkommens für Einwanderung, unbefristeten Aufenthalt oder Staatsbürgerschaft sind in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten stetig gestiegen. Wenn wir uns die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen vor Augen halten und bedenken, dass Migrantinnen überdurchschnittlich oft im Niedriglohnsegment beschäftigt sind, wo selbst manche kollektivvertraglichen Löhne diese Einkommensgrenzen nicht erreichen, lässt sich sagen, dass Frauen hier speziell betroffen sind.

**Wie sieht für euch solidarische feministische Antirassismusbearbeitung aus?**

Wir verfolgen in unserer Beratungstätigkeit einen frauenspezifischen und antirassistischen Ansatz und schenken den Migrations-, Flucht- und Rassismuserfahrungen große Beachtung. Frauenspezifisch bedeutet in diesem Zusammenhang ganzheitlich, parteiisch an der Seite der Frau und aus ihrer Perspektive zu arbeiten, mit dem Ziel, den Handlungsspielraum der Frauen zu erweitern und Abhängigkeiten zu verhindern. Unser Ziel ist Empowerment durch Eigenverantwortung.